

## **Protokoll:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt den in Session einsehbaren Änderungsantrag.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Beschlussvorlage.

Die CDU-Fraktion erklärt ihre grundsätzliche positive Einstellung gegenüber der Beschlussvorlage. Sie stimmt dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Kulturdezernentin PD Dr. Theis-Scholz gibt an, dass der Änderungsantrag sich erübrige, da der Austausch zwischen den Ämtern 50 und 40 in Bezug auf die Einbindung bei der in den Schulen stattfindenden integrierten Sozialarbeit bereits erfolge.

Die FW-Fraktion lehnt die Beschlussvorlage ab.

Die AfD-Fraktion kündigt an, dem Projekt nicht zuzustimmen.

Die FDP-Fraktion stimmt der Beschlussvorlage grundsätzlich zu, beantragt aber vor der Beschlussfassung die Behandlung im Sozial- und Jugendhilfeausschuss zur Konzeptkonkretisierung.

Die WGS-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP-Fraktion und beantragt darüber hinaus, die Entscheidung auf die nächste Ratssitzung zu verschieben, um die Fachgremien einbeziehen zu können, dann würde die Entscheidungsfrist zum Schuljahr 2023/2024 noch eingehalten.

Die CDU-Fraktion spricht sich gegen den Antrag auf Vertagung aus. Dem Vorschlag, das Gespräch im Jugendhilfeausschuss gemeinsam mit dem Schulträgersausschuss oder zumindest den schulpolitischen Sprecherinnen und Sprechern zu suchen, werde zugestimmt. Wenn sich dort gravierende Veränderungen ergäben, könnten dies in der nächsten Stadtratssitzung wieder eingebracht werden.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bittet darum, im Nachgang des Beschlusses in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses noch einmal über die Ansiedlung der Stelle zu beraten.

Die LINKE-PARTEI Fraktion begrüßt die zusätzliche Besprechung im Jugendhilfeausschuss, stimmt aber grundsätzlich der Beschlussvorlage zu.

Oberbürgermeister Langner schlägt aufgrund der Zeitschiene vor, in dieser und nicht erst in der nächsten Stadtratssitzung zu beschließen und ergänzend dazu die Diskussion und Erläuterung des Projekts in die Fachgremien zu verlegen. In Verständigung mit der Bürgermeisterin werde das Thema im Jugendhilfeausschuss besprochen. Er ergänzt die Hinzuziehung der schulpolitischen Sprecher.

Der Stadtrat lehnt die Anträge der Fraktionen FDP und WGS auf Diskussion in den Fachausschüssen vor endgültiger Beschlussfassung und Vertagung des Beschlusses mit 9 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung mehrheitlich ab.

Der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird in den Beschluss mit aufgenommen. Zudem wird zugesagt, dass am 13.07.2023 im Jugendhilfeausschuss unter Beteiligung der schulpolitischen Sprecherinnen und Sprecher, sowie interessierter Stadtratsmitglieder, inhaltlich über das Projekt in den Austausch gegangen wird.